

Nein zu Radio L war kein Nein zum Service public

Die Mehrheit befürwortet ein staatliches Medienangebot, zeigt eine Umfrage.

David Sele

Die jüngste Zäsur für Liechtensteins Medienlandschaft war das Ende von Radio Liechtenstein. Im April 2025 stellte der Sender den Betrieb ein, nachdem das Stimmvolk der Aufhebung des Rundfunkgesetzes zugestimmt hatte. Damit ist Liechtenstein eines der wenigen Länder auf dieser Welt ohne öffentlich-rechtliches Medium. Doch das Votum der Bevölkerung war lediglich ein Nein zu Radio L in seiner bestehenden Form, keine generelle Absage an den Service public im Medienbereich. Dies zeigt zumindest die neue Medienstudie des Liechtenstein-Instituts. Wie bereits vor zwei Jahren wurde eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung befragt: Exakt 1008 in Liechtenstein wohnhafte Personen zwischen 16 und 79 Jahren

haben zwischen November 2025 und Januar 2026 an der Befragung teilgenommen. Am Dienstag präsentierten das Liechtenstein-Institut und die Regierung die Ergebnisse: Eine klare Mehrheit von 57 Prozent spreche sich grundsätzlich für ein öffentlich-rechtliches Medienangebot aus. Lediglich 17 Prozent lehnten ein solches ausdrücklich ab. Selbst in den Reihen der Demokraten pro Liechtenstein (DpL), welche die Privatisierungsinitiative lanciert hatten, befürwortete eine Mehrheit von 57 Prozent einen staatlichen Service public. Die Befürworter präferierten dabei am stärksten ein rein digitales Onlineangebot oder einen neuen Radiosender.

Der Widerspruch zwischen dem Abstimmungsresultat und der Umfrage löst sich über das Preisschild auf. Die Unterstützung für einen Service public

ist gemäss den Umfrageergebnissen von den Kosten abhängig. Ein schlankes Angebot sei politisch anschlussfähig. Bei einer jährlichen Finanzierung von maximal einer Million Franken ist knapp die Hälfte der Befragten dabei. Auch zwei Millionen Franken erschienen noch im Rahmen des politisch Möglichen zu liegen: 40 Prozent der Befragten wären bereit, ein öffentlich-rechtliches Medium mit diesem Betrag zu finanzieren. Die für Radio L vorgesehenen Dimensionen lehnt hingegen eine breite Mehrheit ab. Der Sender erhielt zuletzt einen Jahresbeitrag von vier Millionen Franken. Nur 20 Prozent der Befragten würden Kosten in dieser Höhe mittragen. Generell haben die Befragten hohe Qualitätsansprüche an Medien. Selbst dafür bezahlen wollen sie aber nicht. Die Förderung privater Medien findet grossen Zuspruch. **3**